

Präsidentenschaftskandidaten

Seit dem 9. November 1918 ist Deutschland Republik. Am 19. Januar 1919 soll die Nationalversammlung gewählt werden...

Da nun zuerst Frau Max von Baden, der bisherigen Reichspräsidenten, die Wahl für sich in Anspruch nehmen will...

Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien sind aber meistens kein Beruf und kein Beruf...

Die Kandidaten der Arbeiterparteien sind aber meistens kein Beruf und kein Beruf...

Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien sind aber meistens kein Beruf und kein Beruf...

Halle und Umgebung

Die Militär Affären

Der Militär als Disziplinardelict über die höchsten Beamten.

Der größte Teil der Beamten und Hoffnungen werden nicht nur unter dem Namen der Disziplinardelict...

Die Disziplinardelict über die höchsten Beamten sind...

Die Disziplinardelict über die höchsten Beamten sind...

Der Arbeitererrat hat am 14. Januar dem Magistrat folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1. Die besagte Beugung der städtischen Gebäude am Markt... 2. Die Beugung der Gebäude wird sofort aufgehoben... 3. Hiernach ist festzustellen, daß für die Beugung der Gebäude...

Die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei

- 1. Staatsminister a. D. Arthur Graf Posadowsky-Wehner in Naumburg a. S., 2. Landwirt Richard Seibitz in Burkensroda, Kreis Eckartsberga, 3. Sozialsekretär Dr. phil. Wilhelm Carlsson in Halle a. S., 4. Bildhauerin Elisabeth Koediger-Wächter in Halle a. S., 5. Pfarrer D. Robert Pasche in Dleskau, Saalkreis, 6. Telegraphenbauarbeiter Franz Puhlmann in Eisleben, 7. Schuhmacher-Obermeister Bernhard Arndt in Halle a. S., 8. Lehrer Fritz Krusekopp in Lettin a. S., 9. Prakt. Arzt Dr. med. Otto Stange in Kretzdorf, Kreis Sangerhausen.

Der Magistrat hat am 14. Januar dem Arbeitererrat folgende Beschlüsse gefaßt...

Die Halle für Kriegsgefangene (Merseburger) bedarf, auf zukünftiger Stelle vorstellig zu werden...

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle - Städtischer Verkauf von Reis in der Kolonialabteilung am Freitag, den 17. Januar 1919.

Der Verkauf eines Hauses... Der Verkauf eines Hauses... Der Verkauf eines Hauses...

Die Ausgabe neuer Seifenkarten. Vom Freitag, dem 20. Januar 1919... Die Ausgabe neuer Seifenkarten...

Die Ausgabe neuer Grubenbesuchscheine. In der Zeit vom 27. Januar bis 29. Februar 1919...

Die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei... Die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei...

Die Disziplinardelict über die höchsten Beamten... Die Disziplinardelict über die höchsten Beamten...

Provinz Sachsen

Schwere Pressevergewaltigung... Schwere Pressevergewaltigung... Schwere Pressevergewaltigung...

Wählt die Liste Graf Bosadowsky!

Kandidatenlisten: Neumarkt 3 und an den Wahllokalen!

Deutsche! Wählt Männer, die für Kolonialbesitz eintreten!

Wir fordern Kolonialbesitz,

- weil** jedes Volk ein Recht auf einen seiner Lebenskraft, seiner Bevölkerungszahl und seinen Fähigkeiten entsprechenden Anteil an den unentwickelten Ländern der Erde hat und
- weil** die actualste Ausdehnung eines Volkes von der Ausdehnung dieses Rechts den Reichen der Welt abhängt;
- weil** jedes Volk das Recht und die Pflicht hat, an der Ausbreitung von Gerechtigkeit und Kultur, Wahrheit und Recht und an der Gewinnung der Güter der Erde mitanzuhängen und
- weil** die Ausdehnung eines Volkes von dieser Mitarbeit menschheitsfeindlich ist;
- weil** nur die ausreichende Versorgung aller Volksteile mit Nahrung und Kleidung und die Schaffung ausreichender Erwerbsmöglichkeiten nur mit Hilfe kolonialer Erzeugnisse möglich ist und
- weil** nur eigene Kolonialwirtschaft mit einem angemessenen Einfluß auf die Weltbildung für die wichtigsten Kolonialländer sicher.

Für diese Ausdehnung werden die Unterschriften aller maßgebenden deutschen Männer und Frauen gesammelt. Jeder trage sich in die im Umlauf befindlichen Listen ein.
Listen können von unserem Ausschuss für Koloniale Verberätbarkeit, Berlin NW. 7, Neue Wilhelmstr. 2 III, bezogen werden. Beiträge nimmt die Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin W. 8, Behrenstr. 22/23 (Konto: Werbung für Kolonialbesitz) entgegen.

Der Reichsverband der Kolonialdeutschen.
Dr. A. Hahl.

Für unsere evangelische Kirche!

In der Marktkirche
Versammlung für alle evangelischen Gemeinden der Stadt
Freitag, den 17. Januar 1919, abends 8 Uhr
Geh. Justizrat Elze: Eröffnung
Scheimrat Professor D. Dr. Looß:
Wie stellen wir uns als evangelische Christen
zu einer Trennung von Kirche und Staat?
Pastor Knoblauch: Schlußwort.
Vorher schriftlich an Geheimrat Elze, Hermannstr. 1, bis Donnerstag, den
16. Januar eingereichte Fragen werden in der Versammlung beantwortet.

13. Wahlkreis Merseburg.

Die deutsche Volkspartei,

Der deutsche Bürger- und Bauernbund,
Der deutsche Bauernwahlverein

wählen am 19. Januar zur Nationalversammlung

Heinrich Gerlich, Dr. phil. et rer. pol., Geschäftsführer des Zentralvereins
Robert Seibert, Handelslehrer, (Hilfswirtschafts- und Handelsschule, Berlin)
Otto Hübner, Bauer, 1. Vorst. d. Deutschen Bauernwahlvereins, Schillinghieb
Karl Bergold, Rechnungsrat, Regierungsdirektor, Merseburg
Erhard Schmidt, Rektor der Mittelschule, Merseburg
Anna Zimmermann, Frau, Eisenbahnauflieger, Halle
Joseph Stiller, Hilfsarbeiter, Eilenburg
Karl Weismann, Bauer, Burgwerben
Walter Bräse, Farmer, Königsdorf (Dorf).

Bürger und Bauern, schaut nicht nach rechts und nach links!
Wählt die Vertreter, die aus Euren Reihen kommen!
In ihre Hände legt Euer und des Vaterlandes Geschick!
Bürger u. Bauern, verlasst nicht eure Stimme abzugeben:
Kein Bürger und Bauer darf bei der Wahl fehlen!
Auf jede Stimme kommt es an!

Deutschnationale Volkspartei

Volkverein Halle und Saalkreis.

Öffentliche Versammlung

Freitag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr
in den Germania-Sälen, Gr. Steinstraße 27 u. 28.

Redner: Geheimrat Prof. Dr. Boreksh:
„Volksstaat und Nationalstaat“

Alle nationalgesinnten Wähler und Wählerinnen sind eingeladen.

Deutschnationale Volkspartei

Volkverein Halle und Saalkreis.

2 große öffentliche Versammlungen 2

Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr
sprechen

I. in den „Germania-Sälen“, Große Steinstr. 27—28

Sozialsekretär Dr. Carlsson,

Kandidat für die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung

Der Arbeitnehmer in der Politik

Arbeiter, Maler Friedrich Köhler

Nicht sozial, nicht international, sondern national

II. im „Mozartsaal“, Weidenplan 20

Dritter politischer Aufklärungsabend.

Professor Langheneken

Die Verhältniswahl bei der Nationalversammlung

Professor Dr. Scupin, Kandidat zur preussischen Nationalversammlung

„Die Andern und wir“.

Nachher: Aussprache.

Alle nationalgesinnten Wähler und Wählerinnen sind eingeladen.

Spelzezimmer
Herrnzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

grosse Auswahl
in einfacher bis ganz
reicher Ausführung.
Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.

Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Deutsche Volkspartei

Ortsverein Halle a. S.

Geschäftsstelle Hotel „Deutscher Hof“, Traube

Beitritts-Erklärung erbeten.

Seydlitz-Lyzeum,

Karlstraße 6.

Anmeldungen für Ostern nimmt für alle 10
Klassen entgegen in den Sprechstunden werktags
von 11—12 Uhr

Dr. Helene Henze,

Oberlehrerin und stellvertretende Leiterin.

Meine Sprechstunden liegen fortan
wochentags vorm. 9—11, nachm. 2—4,
Sonntags nur vorm. 9—11.

Sanitätsrat Dr. Oemisch.

Strickgarne



in vielen Preislagen
empfiehlt

H. Schnee Nachf.

A. & F. Ebermann,

Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Gutes, dauerhaftes, Gummiband
für Strumpf- und Mantel
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Rast

Gelbststraße 28.

Elektrische Installation für

Licht- u. Kraftanlagen

jeder Art und Größe.

Technische Ratschläge (speziell Haus) kostenlos.

Beleuchtungskörper :: Glühlampen.

Ohne Bezugschein

empfehlen preiswert

Damen- Wintermäntel

aus guten Stoffen.

H. Schnee Nachf.,

A. & F. Ebermann,
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Demokratische Partei und Sozialdemokratie

Innere Wesensverwandtschaft der beiden Parteien.

Nachdem es unter der sozialistischen Regierung Hert-Weidemann-Roske gelungen ist, die parlamentarische Weisheit etwas einzudämmen und Ordnung und Arbeit weitgehendst notdürftig wiederherzustellen, sind einige Kreise des Bürgertums etwas empfindbarer gegenüber dieser Regierung zu empfindbar, doch es wenn auch nach großem Blutvergießen — nun doch gelungen ist, die erste und grundlegendste Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens herzustellen. Diese Kreise vergessen aber, daß die ganze Verheerung des Volkes, die zu den anarchoischen Zuständen der letzten Wochen geführt hat, von den Anhängern der heutigen Regierung ausgegangen ist, die die deutsche Front noch feststand und die Helmut die starke Kerne hatte, reisten Scheidemann und seine Gesandten von Stadt zu Stadt und ließen ihre den Anhängern der Inneren niederrückenden Reden und erregten, während unsere Truppen siegreich vorrückten, während Niederlagenstimmung. In die unheimliche Einsamkeit des Volkes trieben sie durch die Verheerung noch immer weiter gehender Demokratie einen Keil und führten den Krieg im Innern, mit alle Kräfte des Volkes, die festhalten wie die Anker, auf die Abwehr der unersöhnlichen Feinde konzentrieren. Die Folge dieses inneren Zerwürfnisses war die Revolution, die nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch auch noch die wirtschaftliche Zerstörung statt nun aber sofort an den Wiederbaufortschrittlands unter Heranziehung aller Schichten der Bevölkerung — auch der bürgerlichen! — zu gehen, die sich die Machthaber der Revolution mit allen Mitteln dafür ein, die einseitige Klassenherrschaft des Proletariats zu beseitigen und liegen ruhig gelassen, die Spannen der Großstädte aus ihren dunklen Gefilden hervorbrachten und Leben und Eigentum auf sich und Trüff mitteilbar auf das schwerste geordnet. In den ersten Wochen der Revolution war es ein Reiches gemeines, Liebkecht unschuldig machen und sein lächerliches Gefindel sich nicht zu zeigen großen öffentlichen Gefahr auszuweichen zu lassen. Die Regierung sah in Liebkecht immer noch den Parteiengegner, Geist von ihrem Geiste, gegen sie nicht einschreiben mochte. Unzählige Male hat Herr Scheidemann, der einst allmächtige Scheidemann, die härtesten Worte gegen die „Sparkschweineerei“ schleudert, beteuerte er in hohem Pathos, es nicht über acht Tage auf diesem Pulverfaß ausbalancieren — er hat es trotzdem wochenlang dort ausbalancieren und keinen Finger gerührt, um dem Vorgehen der Spartakisten mit Maschinen und Geschützen in den Straßen Berlins ein Ende zu machen. Erst als die Zustände ins Unerträgliche gingen, bewachte sich die Regierung zu ihrer Ehre und selbstverpflichtendsten Pflicht, ihr aber dafür dank entgegenzubringen, ist ein durchaus unangenehmes Ereignis. Man muß sich immer vor Augen stellen, daß die Väter der jetzigen Anarchie die Männer der heutigen sozialistischen Klassenregierung sind. Wer im Pelz der Straße geht und zu Fuß unberaubt bleibt, alle noch keinen Grund verspüren, der mehrheitlich sozialistischen Regierung seinen Dank dafür mit dem Schilde abzufahren.

Eine Regierung hat übrigens noch andere — die man wohl sagen darf — wesentlich wertvollere Aufgaben zu erfüllen, als die Funktionen einer Wach- und Wächtergesellschaft anzunehmen. Erst die Art, wie sie bei ihren höheren Pflichten zehrt, kann den Maßstab für ihre Beurteilung geben. Diese Pflichten stehen in erster Linie darin, die in Trümmern zerfallene Staatsordnung neu aufzubauen und dabei alle Schichten der Bevölkerung zu beteiligen. Die Regierung Hert-Weidemann-Roske aber will die sozialistische Republik einführen, wie sie in Russland unter Lenin und Trotski besteht, und lehnt selbst eine bürgerliche Republik nach dem Muster Frankreichs oder der Vereinigten Staaten auf das entsetzliche ab. Damit würde die Herrschaft des Proletariats verweigert, das Völkertum darnach auszuhalten und Staat wie Gesellschaft auf die roheste Stufe menschlicher Zivilisation herabgedrückt werden. Wenn hat dem Gedanken des Sozialismus, der sozialistischen Republik, der schärfste Kampf zu gelten. Es kann nicht oft genug hervorgehoben werden, daß ein sozialistisches Regime den ganzen Aufbau der bürgerlichen Ziviltät in Stücke schlägt. Die Parole bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur preussischen Verfassunggebenden Versammlung kann also nicht gelten die Liebkecht, da Herr, sondern hier Völkertum auf Grund der alten Staats- und Gesellschaftsordnung gegen die in wenigen Wochen ad absurdum geführten Utopien des Sozialismus. Wer anders nicht, begehrt Verrat an der Zukunft des Deutschen Volkes, an das sozialistische Unfähigkeit schon ohne die Mienen der Herrschaft gelegt hat. Wenn das Völkertum noch einen Funken von Selbstachtung besitzt, muß es die Sozialdemokratie auf das schärfste

bekämpfen und auch alles vermeiden, um sie bei den kommenden Wahlen nicht etwa indirekt zu unterstützen. Die Sozialdemokratie aber ist nicht ohne weiteres mit der Arbeiterkchaft zu identifizieren. Im August 1914 hat sich gezeigt, daß den deutschen Arbeiter ebenso Vaterlandsliebe besetzt, wie jeden anderen Staatsbürger, und erst der Geist des Sozialismus hat den Geist hingebenden Nationalgefühls erstickt, um an dessen Stelle selbstfüchtige, machtkräftigere Triebe emporenwachen zu lassen. Bekämpft werden muß die sozialistische Idee, nicht der Arbeiter, der vielmehr von dem Geist des Sozialismus gereift werden muß. Wo immer Arbeiter sozialistische Gedanken und Bestrebungen vor sich weisen, da halten sie ihren Einzug in die bürgerliche Gesellschaft, und mo Rechtsanwalte und Kaufleute das Gift des Sozialismus in sich aufgeschlagen haben, da sind sie auf die Stufe des Proletariats herabgefallen.

Eine indirekte Unterstützung erfährt die Sozialdemokratie durch die in den Räumen des „Berliner Tageblatts“ gegründete „Demokratische Partei“, in der ebenfalls der Geist des Internationalismus und des Sozialismus vorherrschend ist. Die namentlich auf dem Gebiete deutscher Geisteskultur wirksamen Tendenzen aufsteiger und vorsehender Art des in der Demokratischen Partei stark vertretenen jüdischen Elementes begehen sich mit der sozialdemokratischen Feindschaft gegen Christentum, Religion und Kirche, und beide Parteien arbeiten an einer Verwischung der Individualität der Völker, um eine überall gleichmäßige Kultur zu schaffen. Würde solches Streben von Erfolg begleitet sein, so wäre die Folge davon eine geistige Verarmung und Verdünnung unseres Volkes, das für seine hohe nationale Kultur die besten Kräfte immer aus dem reichen Urgrunde seines eigenen Lebens gezogen hat. Dem Verbrechen seiner völkischen Einheit müßte mit Naturnotwendigkeit der völkische Tod auf dem Fuße folgen. Der Geist des Internationalismus und des Sozialismus können dem Verständnis für nationale Angelegenheiten nicht Raum geben, und darum sind diese beiden innerlich wesensverwandten Parteien — die Demokratische Partei und die Sozialdemokratie aller Spielarten — die geborenen Feinde des deutschen Volkstums und deutschen Aufstieges. Ihre rücksichtslose Bekämpfung wird heute mehr denn je zu einem zwingenden Gebot vaterländischer Pflichterfüllung.

Die innere Wesensverwandtschaft der beiden Parteien ist gerade in den letzten Wochen von namhaften Führern der Demokratischen Partei mit freudlicher und dankenswerter Offenheit bezeugt worden. Herr Stelzner, der demokratische Kandidat für die Nationalversammlung, faßte in einer öffentlichen Wählerversammlung in Prenzlau, er stehe zu 98 v. H. auf sozialdemokratischem Boden und bekenne sich zu einem internationalen Weltbürgertum, denn es gäbe keine nationalen Unterschiede mehr. Ein Vorkämpfer der Demokratischen Partei, der Professor Alfred Weber, der sich durch die Denunziation der rheinischen Industriellen Stinnes und Hoffens einen Namen gemacht hat, hat sich ausdrücklich dargelegt, daß man die Demokratische Partei als bürgerliche Partei ansehen. Der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, Herr Theodor Wolff, erklärte in ungezählten Artikeln, daß er mit der Sozialdemokratie ein großes Stück Weges zusammengehen könne und werde. Der als Kandidat für Potsdam aufgetretene Herr Nuschke verlangte, daß die Demokratische Partei Schuller an Schuller mit den Mehrheitssozialisten kämpfen müsse. Auf dem Reichsbürgertage vertrat der journalistische Direktor des „Illustrierten“ in Berlin („Wostische Zeitung“, „Morgenvost“, „B. 3. am Mittag“ usw.) Herr Georg Bernhardt, die Ansicht, daß man zwischen Sozialdemokratie und Völkertum keinen scharfen Trennungspunkt ziehen dürfte. Herr Bernhardt ist früher eingetretenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen.

Auch in den religiösen und kulturpolitischen Fragen steht die deutsch demokratische Partei der Sozialdemokratie sehr nahe. In einer vom akademischen Ausschuss des Frankfurter demokratischen Vereins einberufenen öffentlichen Versammlung hat der Referent ganz ausdrücklich die Verbannung des Religionsunterrichts aus der Einheitschule, die er forderte, verlangt, weil er ein Moment der Trennung sei. Es macht sich da der starke jüdische Einschlag in der Partei geltend. Derselbe Geist zeltete sich auch in einer Versammlung der Dahlemer Ortsgruppe der Demokratischen Partei, in der ein Redner es beantragte, daß die „Kreuzzeitung“ auch jetzt noch die Devise „Gott mit uns“ führe. Sowohl das Deutsch-nationale wie das Christlich-religiöse sollen nach dem Willen der Demokratischen Partei keine große Rolle in unserm Volksleben spielen, weil sie zu sehr als Momente der Trennung wirken würden. In diesem Sinne wurde auch in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ der Jugend die Auffassung nahegelegt, es sei doch gut, daß wir den

Krieg verloren hätten, weil die Niederlage uns die Freiheit gebracht habe. Die Freiheit, die uns die Revolution gebracht haben soll, schädigt die Demokratische Partei also so hoch ein, daß ihr das damit verbundene nationale Elend unweiblich erscheint.

Stark ins Humorstische hinüber geworfen das Verhalten der Demokratischen Partei vor den badischen Landtagswahlen. Darüber berichtet uns Prof. Dr. G. v. Below aus seinem Wahlkreis das Folgende:

„Alle Engherzigkeit befreite die Demokratische Partei nicht von der Angst, daß die Deutsch-Nationalen ihr doch vielleicht Wähler abgewinnen könnten, und so verdecktliche sie denn drei Tage vor der Wahl zur badischen Nationalversammlung arabisch eine „parteiliche“ Erklärung, sie müsse jetzt nachträglich noch ihren Wahlverlust durch einen Paragrafen über die Nationale Bestimmung der deutschen demokratischen Partei „ergänzen“, offenbar hat man aus einem „abdeckenden“ Nachschuß einige Sätze für diesen Paragrafen zusammengestellt. Der Inhalt ist sehr erfreulich. Erzbischof Kultusminister Hoffmann wird sogar die Heranbildung des künftigen Geschlechts in vaterländischer Gesinnung auf der Grundlage der Geschichte unseres Volkes verlangt! Aber zwei Beobachtungen drängen sich hieraus auf: Erstens: Was soll man von einer Partei halten, die in ihrem Abwärtssteigen die nationale Gesinnung entweder vollständig verliert oder bewußt ausblendet und erst im letzten Augenblick der größten Wahltag einen Paragrafen über die nationale Gesinnung“ einfügt! Zweitens: Der Vorgang ist ganz ohne Beispiel in der Parteigeschichte! Zweitens: daß diese Demokratische Partei sofort den Tag darauf gesagt, daß jener Paragrafen in der Tat für sie nur ein Scheinfortschritt zur Erlösung des Publikums war. Mit einem Flugblatt und einem Plakat lieferte sie sofort den praktischen Beweis, daß ihr die nationale Gesinnung“ Namentlich ist das Flugblatt nicht den Deutsch-Nationalen das schwerste Verbrechen daraus, daß sie sich noch ein faßliches deutsches Meer wünschen, küßt mehrere Schmähuben wegen ihrer nationalen Haltung auf sie und wirkt ihnen unter anderem „schamlose Indebende“ vor, weil sie, ohne jeden maßlosen Antisemitismus, — gegen Eisner und Genossen protestiert hatten! Das alles darf man auch nicht einmal in der Demokratischen Partei! Das Plakat ist gefüllt von ekelhaften Beschimpfungen Ludendorffs. Es wird z. B. darin von „Eiern, durch die verfassungsmäßige Diktatur Ludendorffs gepöppelten Söhnen, Wildern und Gassen“ gesprochen. Für Ludendorffs unkontrollierbare Abenteuerpolitik“ werden — die Deutsch-Nationalen und das Zentrum verantwortlich gemacht.

Die Demokratische Partei wollte das Plakat noch als Massenflugblatt verbreiten. Davon nahm sie jedoch Abstand, als ein sofort einsehender energischer Protest der Deutsch-Nationalen gegen das schamlose Machwerk sie darüber belehrte, daß sie wieder einmal eine Bombendummheit begangen hatte. Was soll man aber von einer Partei halten, die nur durch energische Proteste anderer Parteien davon abgehalten werden kann, sich immer von neuem wegzuzwerfen!

Als Ergebnis der badischen Landeswahlen stellt die „Frankf. Ztg.“ fest, daß Sozialdemokraten und Demokraten über die Mehrheit verfügten, und diese Sitze sei in sich gefestigt und einheitlich und darum arbeitsschöner“, als es die Sitze des alten Landtags gewesen wäre. Man erschließt daraus, wie nahe verwardt dem Plakat Demokratie und Sozialdemokratie sind. Auch die Berl. „Volksztg.“ des Herrn Ruffke läßt beide Parteien loslassen in einheitlicher Front erscheinen: Die Deutsche demokratische Partei hat sich in diesen schweren Tagen ganz selbstverständlich an die Seite der Mehrheitssozialdemokratie gestellt, um mit ihr gemeinsam die Ordnung wiederherzustellen. Nichts ist doch die Wut von Spartakus in solcher Weise gegen sie wie gegen die Reichssozialisten.“

Diese Beweise mögen für heute genügen, um die innere Wesensverwandtschaft der Demokratischen Partei und der Sozialdemokratie darzutun. Die Reihe dieser Beispiele ließe sich noch beliebig erweitern, und ihre Zahl wächst darnach, da jeder neue Tag neue Beweise bringt. Jeder einzelne Beweis ist eine eindringliche Mahnung, die Demokratische Partei im vaterländischen Interesse nicht zu unterstützen, denn jede Unterstützung der Demokratischen Partei kommt auch der Sozialdemokratie zugute. Für jeden guten Patriotismus kommt nur die „Deutsch-nationale Volkspartei“ in Frage, in welcher die besten konservativen und die besten national-liberalen Ueberlieferungen ihren Wirkungskreis haben.

Selmut Bötcher.

